Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/2791

19. 10. 95

Große Anfrage

der Abgeordneten Maritta Böttcher, Rolf Kutzmutz, Dr. Christa Luft, Rosel Neuhäuser und der Gruppe der PDS

Situation der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Bundesrepublik Deutschland

Wie die Bundesregierung im Berufsbildungsbericht 1995 feststellt, ist es nicht gelungen, in den neuen Ländern „den Prozeß der letzten Jahre hin zu einer von der Wirtschaft selbst verantworteten und selbst finanzierten Berufsausbildung beschleunigt fortzusetzen". Im Gegenteil: Auch in den alten Ländern geht das Ausbildungsplatzangebot weiter zurück. Auch 1995 standen wie in den Vorjahren für je 100 Lehrstellenbewerberinnen und -bewerber in den neuen Ländern nur wenig mehr als 50 betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung. In Westdeutschland ist dieses Verhältnis nur noch statistisch, aber nicht mehr regional ausgeglichen. Damit ist der noch im Berufsbildungsbericht vertretene Optimismus der Bundesregierung bezüglich eines angesichts günstiger konjunktureller Entwicklungen nachhaltig erweiterten betrieblichen Ausbildungsplatzangebots ad absurdum geführt. 1994 wurden in Ostdeutschland 30 von 100, in Westdeutschland 19 von 100 Lehrlingen nach abgeschlossener Ausbildung arbeitslos. Nach Auffassung von Arbeitsmarktexpertinnen und -experten wird dieser „Stau an der zweiten Schwelle" dadurch verursacht, daß einerseits der Bedarf der ausbildenden Betriebe geringer ist als ihre Ausbildungsquote und sich andererseits ausbildende Betriebe scheuen, Berufsanfänger einzustellen. Diese Entwicklung steht offensichtlich im Widerspruch zur immer wieder geäußerten Klage über Fachkräftemangel. Alle Jahre wiederholen sich notwendige Initiativen von Bund und Ländern zur Sicherung einer ausreichenden Anzahl von Ausbildungsplätzen. Anliegen muß aber ein völlig neues Konzept der beruflichen Aus- und Weiterbildung sein, das alle Probleme (Berufsanfänger, Frauen und Mädchen, Weiterbildung, junge Erwachsene ohne Berufsausbildung, „zweite Schwelle" etc.) umfassend berücksichtigt.

Wir fragen die Bundesregierung:

I. Entwicklungen der letzten Jahre

1. Welche Ursachen sieht die Bundesregierung für die in mehrfacher Hinsicht festgestellten Fehlentwicklungen in den

neuen Bundesländern, die dazu geführt haben, daß 1994 eine eher gegenläufige Entwicklung zu der angestrebten, von der Wirtschaft selbst verantworteten Ausbildung, eingetreten ist?

2. Wie erklärt die Bundesregierung die rückläufige Zahl neuer Ausbildungsverträge in den alten Bundesländern, die laut Berufsbildungsbericht weder mit demographischen noch mit konjunkturellen Faktoren zu erklären sind?

3. Wie erklärt die Bundesregierung den überdurchschnittlichen Rückgang der neuen Ausbildungsverträge in Berufen des öffentlichen Dienstes, der auch unter Berücksichtigung der Privatisierungen bei Bahn und Post und der vorgesehenen Personaleinsparungen nicht erklärbar ist?

4. Mit welchen Mitteln will die Bundesregierung der sich immer stärker abzeichnenden nicht mehr ausgeglichenen Ausbildungsbilanz in deutlich mehr Regionen begegnen?

   Wie soll eine „Tremdumkehr" erfolgen, wenn die „Aktion Plus" der deutschen Wirtschaftsverbände und Werbeaktionen der Arbeitsämter wiederum nicht die notwendigen Erfolge bringen?

5. Wie will die Bundesregierung den oben genannten Fehlentwicklungen gegensteuern?

6. Wie hat sich die Ausbildungsstruktur seit 1985 verändert (bitte differenziert nach Branchen)?

7. Wie hat sich das Ausbildungsangebot in Betrieben über 500 Beschäftigte besonders in Konzernen seit 1985 verändert (bitte differenziert)?

II. Duales System

8. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des DGB, daß das System der dualen Berufsausbildung in einer „tiefen Krise" steckt?

   Wenn ja, warum?

   Wenn nein, warum nicht?

9. Wie steht die Bundesregierung zu den Forderungen des DGB und des Bundesinstituts für Berufsbildung nach neuen Finanzierungsregelungen für die berufliche Bildung?

10. Wie kann eine gleichmäßige Kostenbelastung aller Betriebe und damit die Aufhebung von Wettbewerbsverzerrungen zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben erreicht werden?

11. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die duale Berufsausbildung unabhängiger von konjunkturellen Schwankungen zu machen sowie sektorale und regionale Ungleichgewichte auszuräumen?

12. Wie steht die Bundesregierung zu den vom DGB geforderten grundsätzlich neuen Organisationsstrukturen des Berufsbildungssystems, die der öffentlichen Aufgabe Berufsbildung

Rechnung tragen – der Errichtung einer „Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung" sowie der Ablösung der Kammern als zuständige Stellen für Berufsbildung durch regionale Untergliederungen der „Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung"?

13. Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung zur Verbesserung der Lernbedingungen an Berufsschulen (Ausstattung, hoher Unterrichtsausfall, Lehrerinnen- und Lehrermangel, Aus- und Weiterbildung von Berufsschullehrerinnen und -lehrern etc.)?

14. Welche verbindlichen Regelungen (einschließlich Sanktionen) sind vorgesehen, daß große Betriebe entsprechend ihrer Beschäftigtenzahl auch Ausbildungsstellen schaffen?

    Wenn keine verbindlichen Regelungen vorgesehen sind, warum nicht?

15. Welche finanziellen Hilfen sind für die Unterstützungen der Klein- und Mittelbetriebe bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen in den ostdeutschen Ländern vorgesehen?

    Wie sieht derselbe Sachverhalt für Großbetriebe aus?

III. Wiederannäherung von Bildungs- und Beschäftigungssystem – zweite Schwelle

16. Wie soll die von der Wirtschaft angemahnte Wiederannäherung von Bildungs- und Beschäftigungssystem erfolgen?

17. Verfügt die Bundesregierung über Prognosen, die den langfristigen Bedarf an Fachkräften für die verschiedenen Wirtschaftssektoren sowohl nach Qualifikationsprofil als auch in empirischen Größen beschreiben?

    Wenn ja, mit welchen Instrumenten will sie darauf hinwirken, daß sich Bedarf und Ausbildungsplatzangebot decken?

    Wenn nein, wie will die Bundesregierung ein Auseinanderdriften von Angebot und Nachfrage verhindern?

18. Ist der Widerspruch zwischen Arbeitslosigkeit von Berufsanfängerinnen und -anfängern und den gleichzeitigem Fachkräftemangel nach Meinung der Bundesregierung auf eine an der Nachfrage der Wirtschaft vorbeigehende Ausbildungsstruktur zurückzuführen, und wenn ja, wie will sie diese Struktur verändern?

    Welche Förderinstrumente gedenkt die Bundesregierung einzusetzen, um die Einstellung von Berufsanfängerinnen und -anfängern grundsätzlich zu erleichtern?

IV. Stand der Umsetzung des von der Arbeitsgruppe Berufliche Bildung im Februar 1994 erarbeiteten Maßnahmekonzepts

19. Wie schätzt die Bundesregierung den mittelfristig absehbaren Bedarf des Beschäftigungssystems im Hinblick auf die Notwendigkeit neuer Qualifizierungsangebote ein?

20. In welchen Beschäftigungsfeldern müssen neue Ausbildungsgänge geschaffen werden, und wie ist der Stand dieser Entwicklung einzuschätzen?

21. Wie schätzt die Bundesregierung die Europatauglichkeit der deutschen Berufsabschlüsse ein?

    Sind die in Deutschland erworbenen Berufsabschlüsse in anderen EU-Staaten anerkannt?

    Wie erfolgt die europaweite Angleichung und Abstimmung der Berufsbildungssysteme?

22. Wie ist der Stand der Entwicklung von Modellen verzahnter Aus- und Fortbildung einzuschätzen?

23. Welche Ergebnisse gibt es bei der Erprobung und Umsetzung von dualen Ausbildungsplatzangeboten im tertiären Bereich?

V. *Weiterbildung*

24. Welches Konzept verfolgt die Bundesregierung im Hinblick auf die Regulierungs- und Förderungsinstrumente für die Weiterbildung?

    Wie soll der Mißbrauch dieser Möglichkeiten verhindert werden?

25. Wie können Unübersichtlichkeit und Unstrukturiertheit in der Förderung und Zertifizierung der Weiterbildung überwunden werden?

26. Mit welchen Mechanismen soll verhindert werden, daß Weiterbildung die selektive Wirkung der Erstausbildung und damit das Bildungsgefälle zwischen Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft und Geschlechtern verstärkt?

27. Welche Instrumentarien zur mittelfristigen Bedarfsermittlung besitzt die Bundesregierung, damit Fördermittel im Weiterbildungsbereich zielgerichtet zur Unterstützung des ökonomischen Strukturwandels eingesetzt werden können?

28. Wie ist die Segmentierung von allgemeiner, beruflicher und politischer Bildung zu überwinden?

29. Wie können Transparenz und Vergleichbarkeit von Zertifizierungen der Weiterbildung – auch im europäischen Raum – erreicht werden?

30. Wie steht die Bundesregierung zur Forderung des Deutschen Volkshochschulverbandes, das Arbeitsförderungsgesetz nach sozialen und arbeitsmarktpolitischen Erfordernissen statt nach fiskalischen Erwägungen zu gestalten und Weiterbildung als wirksames Instrument der Arbeitsförderung einzusetzen?

31. Wie steht die Bundesregierung zur Forderung des DGB nach einem Bundesrahmengesetz für Weiterbildung?

VI. Benachteiligtenförderung

VI. a) Jugendliche ohne berufliche Bildung/gering Qualifizierte

32. Wie viele Arbeitsplätze für Ungelernte/gering Qualifizierte wurden seit 1990 abgebaut?

33. Welche Erkenntnisse gibt es bei der Erprobung innovativer Modelle zur Senkung des Anteils von Jugendlichen ohne Berufsausbildung?

    Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, lernbehinderte Jugendliche besser als bisher in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem zu integrieren?

34. Ist es bekannt, daß von den herkömmlichen Maßnahmen zur nachträglichen Qualifizierung junge Erwachsene ohne Berufsausbildung nur begrenzt erreicht werden und für diesen Personenkreis in der üblichen Form weder eine Erstausbildung (z. B. nach § 40c Abs. 2 des Arbeitsförderungsgesetzes) noch eine Umschulung oder eine berufsbegleitende Vorbereitung auf die Externenprüfung (nach § 40 Abs. 2 und 3 des Berufsbildungsgesetzes) in Frage kommen?

    Wäre es für ein erfolgreiches Nachholen des Berufsabschlusses für diesen Personenkreis nicht sinnvoll, Berufstätigkeit und Qualilizierung integrativ zu verknüpfen?

    Eine am Berufsabschluß orientierte Qualifizierung im Rahmen von Beschäftigungsprogrammen reibt sich jedoch an den Widrigkeiten des Förderrechts und den praktischen Hemmnissen bei der Qualifizierung an unterschiedlichen Lernorten.

    Was unternimmt die Bundesregierung, um diese Hürden abzubauen?

VI. b) Ausländische Jugendliche

35. Wie hoch ist der Anteil der ausländischen Jugendlichen (im Alter von 15 bis 21 Jahren), die sich in einer Ausbildung befinden, im Verhältnis zu ihren in Ausbildung befindlichen inländischen Altersgenossinnen und Altergenossen?

36. Aus welchen Gründen liegt aus Sicht der Bundesregierung die Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher unter der von inländischen Jugendlichen?

37. Welche Ursachen sieht die Bundesregierung für die Konzentration ausländischer Jugendlicher auf nur wenige Berufe?

38. Welches Konzept verfolgt die Bundesregierung, um die Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher zu erhöhen und die Konzentration ausländischer Auszubildender auf wenige Berufe abzubauen?

VI. c) „Mobbing“

39. Wie viele Fälle von „Mobbing“ bei Auszubildenden sind der Bundesregierung bekanntgeworden, und wie viele Ausbildungsverhältnisse sind im Zusammenhang mit „Mobbing“ seit 1990 aufgelöst worden?

40. Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung, um Auszubildende so weit wie möglich vor „Mobbing" zu schützen, und was hat sie seit November 1994 unternommen?

VII. Gleichstellung

VII. a) Gleichstellung der Geschlechter

41. Durch welche gesetzgeberische oder andere Maßnahme gedenkt die Bundesregierung die Chancengleichheit von Mädchen und Jungen bei der beruflichen Ausbildung zu sichern?

42. Wie viele Mädchen haben absolut und prozentual gegenüber Jungen einen Ausbildungsplatz erhalten?

    Wie viele haben die Berufsausbildung abgebrochen?

    Welche Gründe wurden dabei am häufigsten genannt (aufgeschlüsselt nach Jahren seit 1990 und spezifiziert nach alten und neuen Bundesländern)?

43. Wie viele ostdeutsche Mädchen haben anzahlmäßig und prozentual gegenüber Jungen pro Jahr seit 1990 eine Berufsausbildung in einer überbetrieblichen oder einer Ausbildungsstätte in den alten Bundesländern aufgenommen?

44. Inwieweit sind bereits durch geschlechtsspezifische Stellenausschreibungen Zugangserschwernisse für die Ausbildung von Mädchen gegeben?

    In welchen Berufen werden betriebliche Ausbildungsplätze ausschließlich oder überwiegend für Mädchen und in welchen für Jungen ausgeschrieben (beide Fragen gesondert für Jugendliche aus den alten und aus den neuen Bundesländern spezifizieren)?

45. Für wie viele der ausgeschriebenen Berufe haben Mädchen seit 1990 jährlich Ausbildungsstellen

    a) an betrieblichen Einrichtungen,

    b) in Betrieben,

    c) in außerbetrieblichen Einrichtungen erhalten

    (spezifiziert nach Ost und West)?

46. Welche Aktivitäten entwickelt die Bundesregierung, um über ihre Beratungsstellen das Spektrum der in Ostdeutschland für Mädchen zur Verfügung stehenden Ausbildungsberufe weiter als bisher bekanntzumachen und auch neue Berufsfelder für Mädchen und Frauen über die Kammern und Institute zu erschließen?

47. Welches Konzept verfolgt die Bundesregierung, um die Vereinbarkeit von Ausbildung und Familie für Frauen und Männer zu erleichtern?

48. Gibt es spezielle Förderprogramme, die die Vereinbarkeit von Elternschaft und Ausbildung bzw. den Wiedereinstieg nach

Unterbrechung von Ausbildung oder Erwerbstätigkeit aus diesem Grunde erleichtern?

Wenn ja, welche?

Wenn nein, sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf auf diesem Gebiet?

49. Wie soll angesichts der massiven Arbeitslosigkeit qualifizierter Frauen in den neuen Ländern das vorhandene Potential künftig stärker genutzt werden?

    Wird bei der angestrebten stärkeren Orientierung von Frauen auf technische Berufe das vorhandene technikorientierte Potential arbeitsloser Frauen im Osten zuerst genutzt?

VII. b) Schwerbehinderte Jugendliche

50. Wie viele schwerbehinderte Jugendliche erhielten seit 1989 einen Ausbildungsvertrag, und wie viele schwerbehinderte Azubis wurden nach erfolgreicher Ausbildung in eine feste Anstellung übernommen (bitte differenziert nach Ländern, Berufsgruppen/Branchen, öffentlicher Dienst/private Arbeitgeber, Geschlecht)?

    a) Wie viele schwerbehinderte Jugendliche erhielten seit 1989 eine Ausbildung im öffentlichen Dienst bzw. bei Bahn und Post (bitte differenziert nach Bundesbehörden, Landesbehörden, Kommunen, Ländern, Geschlecht, Anteil an den Gesamtauszubildenden pro Jahr)?

    b) Wie viele schwerbehinderte Jugendliche erhielten seit 1989 eine Ausbildung bei privaten Arbeitgebern (differenziert nach Jahr, Ländern, Geschlecht, Branchen, Anteil an den Gesamtauszubildenden)?

    c) Wie viele schwerbehinderte Jugendliche erhielten seit 1989 eine Ausbildung in Sondereinrichtungen, insbesondere in Berufsbildungswerken (bitte differenzieren nach Jahr, Land, Geschlecht, Branche, Anteil an den Gesamtauszubildenden, Anteil an den schwerbehinderten Gesamtauszubildenden)?

51. Welche Konzepte integrativer Berufsbildung verfolgt die Bundesregierung in der Berufsausbildung schwerbehinderter Jugendlicher, und welche Ergebnisse sind seit 1989 zu verzeichnen?

    Welche Modellvorhaben zur Verbesserung der Ausbildungssituation schwerbehinderter Jugendlicher mit welchem konkreten Umfeld und Zielstellung wurden in den letzten Jahren initiiert, und wie schätzt die Bundesregierung den Umsetzungsstand ein?

52. Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Erkenntnissen des Modellvorhabens im Bildungswerk Worms, und welche Maßnahmen zu ihrer Umsetzung wurden bisher eingeleitet?

53. Wie viele Berufsschulen mit welcher Kapazität sind nach Auffassung der Bundesregierung generell, sowohl baulich als auch personell, geeignet, schwerbehinderten Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen (bitte differenziert nach Land, Branchen)?

Bonn, den 16. Oktober 1995

Maritta Böttcher
Rolf Kutzmutz
Dr. Christa Luft
Rosel Neuhäuser
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333